Positionspapier

Landesschüler*innenvertretung Hessen



Inhaltsverzeichnis

Vorwort 1

Schülervertretung

Präambel 2
Schulebene 2
Kreis- und Stadtebene 2
Landesebene 3

Unterricht und Lehrinhalte

Präambel 4
Kerncurricula/Lehrpläne 4

Fachbezogen

Politik und Wirtschaft 5
Geschichte 5
Deutsch 5
Ethik/Religion 5
Sport 5
Informatik 6

Aktuelle/Neue Unterrichtsinhalte

Umwelt & Nachhaltigkeit 7
Moderne Medien & Digitale Bildung 7
Verschiedenes 7

Praxisorientierter Unterricht & Kompetenz Vermittlung

Berufsorientierung, Berufsbildung & Praktika 8
Exkursionen 8

Notengebung

Präambel 9
Klausuren & Tests 9
Bewertung 9

Ausstattung

Präambel 10
Schulgebäude 10
Toiletten 10
Digitalisierung 10
Kostenfreie Menstruationsartikel 10

Lehrkräfte

Präambel 11
Studium 11
Lehramt 11
Fortbildungen & Schulungen 11

Schulleben & Schulgestaltung

Präambel 12
Grundsätze 12
Partizipation 12
Schülerbeförderung 12
Schulessen 12
Schulinspektion 12
Eltern 13
Selbstbestimmtes Lernen 13
Hausaufgaben 13
Schul Evaluationsprogramme 13
Mental health & Schulsozialarbeit 13
Bildungskosten 13
Hitzeschutz 14
Bundesjugendspiele 14

Schulformspezifisch

Präambel 15
Grundschule 15
Oberstufe 15
Abitur 15

Bildungswege

Präambel 16
Ausbildungsgarantie 16
Studium 16

Politische Positionen

Präambel 17
Wahlalter 17
Flüchtlingspolitik 17
Gendern 17
Partizipation 17
Haushaltsgesetze 18
Jugendparlamente 18
PISA 18
Bundeswehr 18
Bundesweite Vergleichbarkeit 18

Gesetze & Paragraphen

Präambel 19
Hessisches Schulgesetz (HSchG) 19
Verordnung über die Schülervertretungen und die Studierendenvertretungen (Sch/StudVtrV HE) 19
Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) 19

Vorwort

Die Landesschüler*innenvertretung Hessen (LSV) ist gemäß § 124 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) die legitimierte Interessenvertretung der Schüler*innen Hessens. Entstanden durch eine demokratische Schüler*innenbewegung, sieht sie sich als primäre Vertretung der hessischen Schüler*innenschaft. Sie vertritt die Interessen der rund 695.200 Schüler*innen des Landes gegenüber schul- und bildungspolitischen Institutionen, dem Kultusministerium, der Öffentlichkeit sowie gegenüber Parteien und Verbänden.

Die LSV tritt ein für mehr Beteiligung, ein chancen gerechtes Bildungssystem, bessere Schulen, angemessene Lehrinhalte, moderne Unterrichtskonzepte, gerechte Leistungsbewertung, außerschulische Beratungsangebote, die Umsetzung gesetzlicher Ansprüche und die Grundwerte des demokratischen Zusammenlebens.

Das Positionspapier der LSV bündelt die beschlossenen Positionen und Forderungen des Landesschüler*innenrates und dient als zentrales Nachschlagewerk für Mitglieder der LSV, politische Akteur*innen sowie die interessierte Öffentlichkeit. Es bildet die politische Grundlage der Arbeit der LSV und macht deutlich, wofür die Schüler*innen Hessen eintreten. Alle in diesem Dokument enthaltenen Positionen wurden demokratisch durch den Landesschüler*innenrat beschlossen und spiegeln damit den kollektiven Willen der hessischen Schüler*innenschaft wieder. Es dient als Arbeitsgrundlage des Landesvorstands sowie der Bundesdelegation und formuliert Richtlinien hin zu besserer Bildung - für alle Schüler*innen Hessens.

Diese Form des Positionspapier beruht auf den Beschlüssen des Landesschüler*innenrates im **November 2026.**

Schülervertretung

Präambel

Die Schüler*innenvertretung (SV) vertritt die Interessen der Schüler*innen auf Schul-, Kreis-, Stadt- und Landesebene und ist ein zentrales Element demokratischer Mitbestimmung im hessischen Schulwesen. Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zu Struktur, Rechten, Ausstattung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Schüler*innenvertretung auf allen Ebenen.

Schulebene

Die LSV fordert eine verpflichtende Klassenratsstunde pro Woche.
Die LSV fordert vor den SV-Wahlen soll in jeder Klasse eine Schulstunde aufgebracht werden, um über die Ämter in der SV aufzuklären.
Die LSV fordert KSR und SSR Delegierte sollen vollwertige mitglieder des Vorstandes mit Stimmrecht sein
Die LSV fordert für die Schulkonferenz eine paritätische Besetzung, schulöffentliche Tagungen, Wählbarkeit ab Jahrgangsstufe 7, externe Evaluation auf Antrag, beratende Beteiligung von Verwaltungs- und sozialpädagogischem Personal, Aufhebung der Umgehungsmöglichkeit an Berufsschulen, Anhörungspflicht bei Überschreitung der Klassen Höchstgrenze, ein Misstrauensvotum gegen die Schulleitung, Übertragung der Entscheidungsbefugnisse nach HSchG §131 Abs. 1 Nr. 1, 3, 6, 7, 9, 15, Bestätigungspflicht schulgemeinde relevanter Gesamtkonferenz Beschlüsse sowie die Wahl des Vorsitzes.
Die LSV fordert bei Konferenzen zu Ordnungsmaßnahmen soll grundsätzlich eine SV-Vertreter*in eingeladen werden.
Die LSV fordert stichprobenartige und unangekündigte SV-Unterrichtsbesuche.
Die LSV fordert ein SV-Portal für alle SVen mit Funktionen für Dokumentation, Wissenstransfer, Kommunikation, digitale Wahlprozesse und SV-KI-Chatbot, integriert in bestehende Schulplattformen, sowie für jede SV einen eigenen Computer mit Office-Software und einer schulinternen SV-E-Mail-Adresse
Die LSV fordert Schülervertretungen auf allen Ebenen sollen zukünftig über das Schulportal erreichbar gemacht werden.

Kreis- und Stadtebene

Die LSV fordert die Möglichkeit, bis zu acht Beisitzer*innen in den Kreis- oder Stadtvorstand zu wählen, sowie die Anerkennung von LSR-Delegierten als vollwertige stimmberechtigte Vorstandsmitglieder.
Die LSV fordert die Delegation Größe der Kreis- und Stadtschüler*innenräte im LSR soll anhand der jeweiligen Schüler*innenzahl ermittelt wird.
Die LSV fordert für alle Kreis- und Stadtschüler*innenräte ein barrierefreies Büro sowie ein eigenes Konto mit Budget, über das frei verfügt werden kann und einer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Schulträger.
Die LSV fordert eine klare gesetzliche Definition der Kreis- und Stadtschüler*innenräte hinsichtlich Büro- und Budgetsituation, Versicherungsrechten, Mitwirkungsrechten sowie die Stärkung ihrer Mitspracherechte.
Die LSV fordert eine beratende Funktion der Kreis- und Stadtschüler*innenräte in Kommunalparlamenten, ein Antrags- und Rederecht in kommunalpolitischen Ausschüssen auf allen kommunalen Ebenen insbesondere in schul- und bildungspolitischen Ausschüssen.
Die LSV fordert eine klare Zuteilung der Kreis- und Stadtschüler*innenräte zu den staatlichen Schulämtern und kommunalen Schul Verwaltungsbehörden.
Die LSV fordert Bezirke sollen mindestens einmal jährlich eine Parlamentssimulation in Absprache mit den zugehörigen Kreis- und Stadtschüler*innenräten durchführen.
Die LSV fordert die Möglichkeit einer Schulzeitstreckung von Q1/Q2 auf zwei Schuljahre für Kreis- und Stadtschulsprecher*innen.
Die LSV fordert für Schüler*innenvertreter*innen ein Recht auf Entlastungsstunden sowie die Möglichkeit zur Freistellung vom Unterricht zur Erledigung von SV-Aufgaben außerhalb von Sitzungen.

Landesebene

Die LSV fordert die Ausweitung des passiven Wahlrechts für den geschäftsführenden Vorstand auf alle Schüler*innen Hessens.
Die LSV fordert die Möglichkeit einer Schulzeitstreckung von Q1/Q2 auf zwei Schuljahre für Landesschulsprecher*innen, stellvertretende Landesschulsprecher*innen, Landesvorstandsmitglieder und Bundesbeauftragte.

Unterricht und Lehrinhalte

Präambel

Unterricht und Lehrinhalte bilden das Kernstück schulischer Bildung und haben maßgeblichen Einfluss auf die fachliche sowie persönliche Entwicklung der Schüler*innen.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zur inhaltlichen Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Unterrichts in den klassischen Schulfächern sowie zur Gestaltung der Kerncurricula sowie Lehrpläne. Dies schließt sowohl Positionen zu bestehenden Fachinhalten als auch Forderungen nach neuen oder erweiterten Lehrinhalten innerhalb der klassischen Fächer ein.

Kerncurricula/Lehrpläne

Die LSV positioniert sich für die Einführung von Bildungsstandards und Kerncurricula als Ersatz bestehender Lehrpläne und **fordert** deren flächendeckende Umsetzung in allen Schulformen und Jahrgangsstufen.

Fachbezogen

Politik und Wirtschaft

Die LSV fordert, dass Politik und Wirtschaft ab der 5. Klasse durchgehend und verpflichtend bis zum Abitur unterrichtet wird, mit mindestens zwei Wochenstunden ab Jahrgangsstufe 5 und mindestens drei Wochenstunden in allen weiteren Jahrgangsstufen.
Die LSV fordert die Verschlankung der Lehrpläne zugunsten tagesaktueller politischer und gesellschaftlicher Themen, interaktiver Lehrmethoden sowie der Verknüpfung historischer und gegenwärtiger Beispiele für Populismus und Hetze.
Die LSV fordert in der Mittel- und Oberstufe die Verbindung zwischen Unternehmen und Parteien durch Aufdeckung von Spenden Strukturen zu thematisieren, Globalisierung früher behandelt wird und Vertrags-, Miet- sowie Steuerrecht im wirtschaftsbezogenen Teil verankert werden.
Die LSV fordert die Gleichbehandlung von Gesellschaftswissenschaften mit Naturwissenschaften und Fremdsprachen bei der Leistungskurswahl sowie die Wahlmöglichkeit zwischen PoWi und Erdkunde in der Q-Phase.
Die LSV fordert, dass beim Lehren politischer Theorien im PoWi-Unterricht explizit auf deren kritische Hinterfragung geachtet wird.

Geschichte

Die LSV fordert eine stärkere Gewichtung der DDR-Geschichte im Geschichtsunterricht aller Schulformen sowie die Nutzung von Erfahrungsberichten über politische und gesellschaftliche Differenzen zwischen DDR und BRD.
Die LSV fordert einen verpflichtenden Besuch eines ehemaligen Konzentrations-, Arbeits- oder Vernichtungslagers des NS-Regimes sowie Aufklärung über Geschehnisse in der eigenen Region, mit umfassender Vor- und Nachbereitung.
Die LSV fordert die verpflichtende Auseinandersetzung mit ausgewählten Passagen der kommentierten Ausgabe von „Mein Kampf" im Geschichtsunterricht der Oberstufe bei der Behandlung der NS-Zeit.
Die LSV fordert ein unbürokratisches, webbasiertes Verfahren, über das Lehrkräfte kostenfreie Tickets für Gedenkstättenbesuche beantragen können. **Die LSV positioniert sich gegen** eine pauschale Mittelverteilung über die Schulen.

Deutsch

Die LSV fordert die Verankerung einer kritischen Auseinandersetzung mit Sprache als Medium der Diskriminierung im Deutschunterricht, insbesondere die Sensibilisierung für diskriminierende Alltagsbegriffe gegenüber Minderheiten. Dieses Thema soll kontinuierlich in allen Jahrgangsstufen aufgegriffen und durch entsprechende Sensibilisierung der Lehrkräfte begleitet werden

Ethik/Religion

Die LSV fordert die Abschaffung des aktuellen Religions- und Ethikunterrichts in seiner jetzigen Form und die Einführung eines verpflichtenden, überkonfessionellen Unterrichtsfachs, das alle Religionen, Glaubensansichten und ethische Themen wertungsfrei, objektiv und vergleichend behandelt.
Die LSV fordert weiterhin die Absenkung der Belegverpflichtung in Religion/Ethik auf zwei Halbjahre in der Qualifikationsphase. In Q3 und Q4 soll mindestens PoWi oder Religion/Ethik belegt werden, wobei auch beide Fächer kombiniert werden können.
Die LSV fordert, dass Ethik, Philosophie und alle weiteren Religionsunterrichte gleichberechtigt als Leistungskurs angeboten werden.

Sport

Die LSV fordert den Theorieteil des Sportunterrichts, soll lebensnahe und alltagsrelevante Inhalte wie Gesundheit und Körperwissen sowie den Bezug von Sport zu mentaler Gesundheit verbindlich vermitteln.

Die LSV fordert im 2-stündigen GK Sport in der Oberstufe soll auf schriftliche Klausuren verzichtet werden und stattdessen alternative Leistungsnachweise zum Einsatz kommen.
Die LSV fordert einen modernen Sportunterricht, der dem pädagogischen Doppelauftrag gerecht wird - die Förderung pädagogischer Entwicklung und das Verständnis von Bewegungsabläufen. Schüler*innen sollen aktiv in die Unterrichtsgestaltung eingebunden werden und der Unterricht soll mehrere Bewegungsfelder kombinieren.
Die LSV fordert, dass alle Auszubildenden die Möglichkeit erhalten, Sport in ihren Ausbildungsberufen zu belegen.

Informatik

Die LSV fordert Klausuren sollen in Informtaik vorwiegend digital geschrieben werden

Aktuelle/Neue Unterrichtsinhalte

Umwelt & Nachhaltigkeit

Die LSV fordert eine fächerübergreifende Thematisierung von Klimawandel, Konsumverhalten, globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Unterricht, einschließlich globaler Aktionsprogramme.
Die LSV fordert eine jährliche, unterrichtsbegleitete Müllsammelaktion durch die Unterstufe an allen hessischen Schulen sowie die verpflichtende Einführung von Mülltrennung, die Umstellung auf recyceltes Papier und die gesonderte Sammlung von Pfand zugunsten schulischer Projekte.
Die LSV fordert für alle hessischen Schulen eine kostenlose Kooperation mit einer Umweltorganisation ihrer Wahl zur fachkundigen Begleitung auf dem Weg zur klimaneutralen und nachhaltigen Schule.

Moderne Medien & Digitale Bildung

Die LSV fordert die verbindliche Thematisierung folgender Inhalte im Unterricht: Datenschutz und Passwortsicherheit, Gefahren sozialer Medien, App-Berechtigungen, Cybermobbing, Urheberrecht, Anonymität im Netz, Deepfakes sowie Suchtprävention mit konkreten Abgrenzungstechniken und Hilfsangeboten.
Die LSV fordert die Nutzung digitaler Unterrichtsmethoden wie Lernquizze, Augmented Reality und die Kombination digitaler und analoger Methoden.
Die LSV fordert die Einführung eines verpflichtenden Schulfachs „Digitale Medienkunde" (DMK) ab der 2. Klasse, das ohne Mehrbelastung der Schüler*innen durch Anpassung anderer Fächer umgesetzt und das Wahlfach Informatik nicht ersetzt.

Verschiedenes

Die LSV fordert, Schüler*innen sollen verpflichtend über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements wie in Sportvereinen etc. informiert werden
Die LSV fordert, dass Schüler*innen ab der 7. Klasse über politische Ehrenämter und Beteiligungsmöglichkeiten in Schule und Politik aufgeklärt werden – darunter SVen auf allen Ebenen, Jugendparlamente und Jugendorganisationen demokratischer Parteien. Im Unterricht sollen gemeinsam Verbesserungsvorschläge erarbeitet und mindestens eine demokratische Sitzung simuliert werden.
Die LSV fordert die verbindliche Thematisierung gesunder Ernährung im Unterricht ab Klasse 5, einschließlich Wissen über Lebensmittelzubereitung und -zusammensetzung, Folgeschäden ungesunder Ernährung, Essstörungen sowie Drogen- und Alkoholprävention. Das regelmäßige gemeinsame Zubereiten von Mahlzeiten und die Reflexion eigener Ernährungsgewohnheiten.
Die LSV fordert moderne Lyrik als festen Bestandteil des Unterrichts
Die LSV fordert die Thematisierung von geschlechtsspezifischer Gewalt, Diskriminierung und Femiziden
Die LSV fordert die Aufklärung und Information über Organspende an Schulen.
Die LSV fordert Schüler*innen sollen über die verschiedenen Warnsignale und die Bedeutung von akustischen Warnsirenen zum Bevölkerungsschutz aufgeklärt werden.
Die LSV fordert die fächerübergreifende Verankerung psychischer Gesundheit als Unterrichtsinhalt mit lebenspraktischen Fokus, insbesondere im Biologieunterricht zu psychologischen Lernprozessen, in der Sexualerziehung zu Selbstvertrauen und Körperwahrnehmung sowie ein erweitertes Psychologie Unterrichtsangebot. Die Einbringung soll niedrigschwellig und fächerübergreifend stattfinden.

Praxisorientierter Unterricht & Kompetenz Vermittlung

Berufsorientierung, Berufsbildung & Praktika

Die LSV fordert zwei verpflichtende Praktika für alle Schüler*innen - eines von mindestens drei Wochen in der Sekundarstufe I und eines von mindestens drei Wochen in der Oberstufe. Praktikumsplätze müssen gesetzliche Mindeststandards erfüllen, qualifizierte Arbeit beinhalten und mit einem Praktikumszeugnis abgeschlossen werden.
Die LSV fordert die Verbesserung der Praktikums Qualität in der Fachoberschule durch verbindliche Standards, betreuende Lehrkräfte mit regelmäßigen Betriebsbesuchen sowie eine Vergütung entsprechend der Ausbildungsvergütung des jeweiligen Berufsfeldes.
Die LSV fordert Betriebe auf, in denen ein Schülerpraktikum umsetzbar ist, in angemessener Zahl Praktikumsplätze anzubieten. Unternehmen, die einen festgelegten Prozentsatz an Praktikumsplätzen im Verhältnis zu Mitarbeiterplätzen anbieten, sollen vom HKM zertifiziert werden.
Die LSV fordert verpflichtende Jobcoaches für alle Schulen, die ab dem vorletzten Schuljahr der Sekundarstufe I individuell beraten, jährliche Einzelgespräche zur Stärken- und Interessenanalyse durchführen und Bewerbungen sowie Lebensläufe prüfen.
Die LSV fordert verpflichtende Universitätsbesuche für Schüler*innen der gymnasialen Oberstufe sowie eine inklusive Gestaltung der Berufsbildung mit individuellen Ausbildungsmodellen, stärkerer Inklusionskompetenz der Kammern und mehr Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen.
Die LSV fordert die automatische Freistellung und schulische Entschuldigung von Schüler*innen für den Besuch von Berufsinformationsveranstaltungen, Studieninformationstagen und Tagen der offenen Tür sowie einen jährlichen Berufsorientierungstag, an dem Eltern ihre Berufsfelder vorstellen, und den verpflichtenden Besuch einer Berufsbildungsmesse pro Schuljahr.

Exkursionen

Die LSV fordert regelmäßige, altersgerechte und kostengünstige Studienfahrten in Museen, Labore und ähnliche Einrichtungen sowie die Stärkung des nationalen, europäischen und weltweiten Schüler*innenaustauschs. **Die LSV positioniert sich gegen** Zoobesuche und Zirkusshows.
Die LSV fordert die Übernahme der Fahrtkosten bei Klassen-, Kurs- und AG-Reisen mit der Deutschen Bahn innerhalb Deutschlands sowie bei Fahrten ins europäische Ausland im Geltungsbereich des Sparpreises Europa.

Notengebung

Präambel

Die LSV setzt sich für eine faire, transparente und individuelle Leistungsbewertung als Grundlage eines gerechten Bildungssystems ein. Leistungsnachweise sollen Schüler*innen in ihrer persönlichen Entwicklung fördern und nicht durch übermäßigen Druck, mangelnde Transparenz oder einheitliche Bewertungsmaßstäbe belasten.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zur Gestaltung von Klausuren, Bewertungssystemen sowie schulform- und stufenspezifischen Prüfungsregelungen. Positionen zu konkreten Gesetzesänderungen, insbesondere der OAVO, sind in Kapitel 14 zu finden.

Klausuren & Tests

Die LSV fordert die Anonymisierung schriftlicher Leistungsnachweise im Rahmen eines hessischen Schulversuchs.
Die LSV fordert Lehrkräfte sollen vor jeder Klausur einen detaillierten Bewertungsbogen erstellen, der die Erwartungen je Aufgabe beschreibt, und diesen den Schüler*innen nach der Klausur aushändigen.
Die LSV fordert die Abschaffung von Notenspiegeln nach Klausuren und Prüfungen - lediglich der Klassendurchschnitt darf bei der Rückgabe angegeben werden.
Die LSV fordert dass keine Klausuren nach 16 Uhr geschrieben werden

Bewertung

Die LSV fordert eine individuelle, nicht vergleichende Leistungsbewertung, die sich am persönlichen Lernfortschritt der Schüler*innen orientiert und einheitliche Bewertungsmaßstäbe ablöst.

Ausstattung

Präambel

Die LSV setzt sich für eine angemessene und zeitgemäße Ausstattung aller hessischen Schulen als Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Schulbetrieb und qualitativ hochwertige Bildung ein. Schüler*innen haben ein Recht auf eine Lernumgebung, die ihren Bedürfnissen entspricht und moderne Bildung ermöglicht.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zur sachlichen und infrastrukturellen Ausstattung von Schulen – von Schulgebäuden und Sanitäranlagen über digitale Infrastruktur und Endgeräte bis hin zur Bereitstellung kostenfreier Menstruationsartikel.

Schulgebäude

Die LSV stellt fest, dass Schulgebäude flächendeckend in einem mangelhaften baulichen Zustand sind.
Die LSV fordert an allen Schulen kostenlose Trinkwasserspender.
Die LSV fordert bei Sanierungen und Neubauten sind Sonnenschutz, Dämmung, Nachtlüftung und Lüftungstechnik zu berücksichtigen; Schulhöfe sollen durch Verschattung, Grünflächen und Entsiegelung hitzeresilienter werden.

Toiletten

Die LSV fordert an allen Schulen eine geschlechtsneutrale Toilette zu schaffen.
Die LSV erkennt an Schulen ein erhebliches Problem mit Vandalismus in Toilettenanlagen.

Digitalisierung

Die LSV fordert die Einführung eines landesweiten Digitalisierungsstandards für Schulen, der baulich-technische Mindestausstattung und pädagogische Rahmenbedingungen festlegt und Schulen verpflichtet, ein individuelles Digitalisierungskonzept festzulegen.
Die LSV fordert für alle Schüler*innen ab Jahrgangsstufe 5 ein Tablet mit Tastatur oder Stift, Office-Software, Notizprogramm und Online-Speicherplatz sowie einen Schulportal-Hessen-Account.
Die LSV fordert für alle Schulen einen Glasfaseranschluss mit frei zugänglichem WLAN, Smartboards oder Beamer in jedem Klassenraum, digitale Vertretungspläne, ausreichend Ersatzausstattung sowie die Möglichkeit zum kostenlosen Drucken und Aufladen mobiler Endgeräte in der Schule.
Die LSV positioniert sich gegen generelle Handyverbote an Schulen. **Die LSV fordert** stattdessen die sinnvolle Einbindung digitaler Medien in den Unterricht
Die LSV fordert die sinnvolle und benachteiligungsfreie Integration von Smartphones in den Unterricht im Rahmen pädagogisch begründeter Konzepte sowie die langfristige Umsetzung von „Bring Your Own Device" mit dem Ziel einer vollständigen Schulausstattung zur Wahrung der Chancengleichheit.
Die LSV positioniert sich gegen „Handygaragen" und „Handyhotels" an Schulen. **Die LSV fordert**, dass beim Einsatz solcher Vorrichtungen sowie beim Abnehmen von Digitalen Mitteln, Eltern und Schüler*innen über die Haftung bei Diebstahl oder Beschädigung aufgeklärt und alle Verwahrvorgänge dokumentiert werden.
Die LSV fordert die priorisierte Aufnahme von E-Books in den Schulbücherkatalog des Kultusministeriums. Diese sollen interaktiv, einheitlich formatiert, offline nutzbar, unverschlüsselt und in einer verlagsübergreifenden Open-Source-App abrufbar sein.

Kostenfreie Menstruationsartikel

Die LSV fordert die kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsartikeln in geschützten Räumen an allen Schulen sowie begleitende Aufklärungsarbeit zur Entstigmatisierung des Themas.

Lehrkräfte

Präambel

Die LSV setzt sich für eine fundierte Ausbildung, kontinuierliche Fortbildung und angemessene Arbeitsbedingungen von Lehrkräften als Grundlage qualitativ hochwertiger Bildung ein. Lehrkräfte sind zentrale Akteur*innen im Bildungssystem und haben maßgeblichen Einfluss auf die Qualität des Unterrichts und das Wohlbefinden der Schüler*innen.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zur Ausbildung, zum Lehramt und zu Fortbildungen von Lehrkräften.

Studium

Die LSV fordert die Einführung eines verpflichtenden Schulpraktikums von mindestens zwei Monaten in allen Lehramtsstudiengängen ab den ersten Semester.
Die LSV fordert dass im Grundschullehramt nur noch Deutsch oder Mathematik verpflichtend ist und weitere Fächer frei gewählt werden können.
Die LSV fordert die Einbeziehung anonymer Schüler*innenfeedbackbögen bei der Leistungsbewertung von Referendar*innen.

Lehramt

Die LSV fordert für Lehrkräfte ein Tablet oder PC mit Office-Software, Notizprogramm, Online-Speicherplatz, einem Echtzeit Synchronisationsprogramm sowie die Etablierung eines Peer-Learning-Formats, bei dem erfahrene Lehrkräfte ihr Wissen an Kolleg*innen weitergeben.

Fortbildungen & Schulungen

Die LSV fordert verpflichtende kostenfreie Fortbildungen in den Bereichen Schulhardware, Datenschutz, soziale Medien und digitale Unterrichtsmethoden.
Die LSV fordert Fortbildungen für Lehrkräfte zur Aufklärung über psychische Gesundheit, zum verantwortungsvollen Umgang mit LGBTQIA+ sowie trans* und nicht-binären Personen.
Die LSV fordert ein verpflichtendes Seminar im Lehramtsstudium zur Vorbereitung auf Krisensituationen wie Brandfälle, Amokläufe und Suizidgefährdungen sowie regelmäßige Auffrischungsseminare für ausgebildete Lehrkräfte.
Die LSV fordert eine jährliche verpflichtende Mindestanzahl an Fortbildungsstunden für alle Lehrkräfte, die während der Arbeitszeit absolviert werden können, sowie verpflichtende Fortbildungen speziell für Verbindungslehrkräfte.

Schulleben & Schulgestaltung

Präambel

Die LSV setzt sich für eine positive Schulkultur, demokratische Mitbestimmung und ein unterstützendes Schulumfeld als Grundlage für das Wohlbefinden und die Entwicklung der Schüler*innen ein. Schule ist mehr als ein Lernort, sie ist ein Lebensraum.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zur Gestaltung des Schullebens – von Partizipation und Schulbeförderung über Schulessen und Schulinspektionen bis hin zu Mental Health, Hausaufgaben und selbstbestimmtem Lernen.

Grundsätze

Die LSV fordert die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten eines Systems ähnlich integrierter Gesamtschulen mit kleineren Klassen.
Die LSV fordert die Ersetzung von Hausaufgaben durch in den Ganztagsunterricht integrierte Lernphasen mit Lehrkräften Begleitung
Die LSV fordert möglichst gleich lange Halbjahre sowie die Anpassung der Halbjahreszeugnisausgabe.
Die LSV fordert die Einführung eines Modellprojekts für flexible Schulferien, bei dem von den 13 Ferienwochen neun fest gesetzt und vier flexibel wählbar sind.
Die LSV fordert einen späteren Schulbeginn.

Partizipation

Die LSV fordert den aktiven Einsatz gegen patriarchale Strukturen und niedrigschwellige Beratungsangebote zu geschlechtsspezifischer Gewalt.
Die LSV fordert die Einführung eines festen Schüler*innenhaushalts an allen weiterführenden und berufsbildenden Schulen, der ausschließlich durch Schüler*innen bedürfnisorientierte Investitionen in das Schulleben ermöglicht.

Schülerbeförderung

Die LSV fordert ein Deutschlandticket für alle Schüler*innen unabhängig von Wohnort und Jahrgangsstufe sowie die Übernahme der Schulwegkosten bis zum Abschluss, flächendeckende Anpassung der Buslinien an Schulzeiten und ausreichend Schulbusse.
Die LSV stellt fest, dass es an Schulen Probleme bei der Anerkennung von Fehlzeiten gibt, die durch Verspätungen oder Ausfälle im ÖPNV entstehen. Daher **fordert die LSV,** dass Fehlzeiten, die durch den ÖPNV verursacht wurden, durch eine Entschuldigung anerkannt werden.

Schulessen

Die LSV fordert kostenfreie, gesunde und abwechslungsreiche Schulverpflegung einschließlich kostenlosem Wasser und Obst, Produkte aus regionaler, ökologischer und tiergerechter Herkunft, ein täglich vegetarisches und veganes Angebot sowie einen wöchentlichen rein vegetarischen oder veganen Tag.
Die LSV fordert die Einhaltung der DGE-Hygienestandards in allen Schulküchen, eine gesetzlich geregelte Mittagspause von 45 Minuten an allen hessischen Schulen sowie die Beteiligung der Schüler*innen an Mensaraumgestaltung und Essensplanung in Kooperation mit dem Anbieter.

Schulinspektion

Die LSV positioniert sich für Schulinspektionen als Instrument zur Qualitätssicherung. **Die LSV fordert** deren grundlegende Umstrukturierung: Inspektionen sollen unangekündigt stattfinden, zu befragende Schüler*innen sollen durch das Inspektionsteam ausgewählt werden und inspizierte Schulen sollen professionelle Hilfestellung bei der Beseitigung festgestellter Mängel erhalten.

Eltern

Die LSV fordert Elternvertreter*innen sollen als beratende Mitglieder zu Fach- und Fachbereichskonferenzen eingeladen werden.
Die LSV fordert die Einrichtung eines freiwilligen Elternpatenschaftssystems an Schulen zur Unterstützung neu schul verbundener Eltern.

Selbstbestimmtes Lernen

Die LSV fordert die Einführung des selbstbestimmten Lernens, bei dem Schüler*innen ihren Lernprozess individuell und eigenverantwortlich gestalten. Lehrkräfte agieren dabei als Moderator*innen, die Aufgabenstellungen bereitstellen und den Lernprozess begleiten. Einzel-, Kleingruppen- und Plenumsarbeit Phasen sollen kombiniert werden.

Hausaufgaben

Die LSV fordert die Abschaffung von Hausaufgaben zugunsten gemeinschaftlicher Lernräume und schulinterner Seminare zur stressfreien Lernorganisation.

Schul Evaluationsprogramme

Die LSV fordert eine alle halbjährliche Befragung aller Schüler*innen an jeder Schule und eine anschließende Evaluierung mit Lehrkräften, Schulleitung, Eltern und Schüler*innen.

Mental health & Schulsozialarbeit

Die LSV fordert den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit sowie die langfristige Absicherung der Arbeitsverhältnisse.
Die LSV fordert an jeder Schule mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in proportional zur Schüler*innenzahl, eine pädagogische Leitung sowie zwei von Schüler*innen gewählte Vertrauenslehrkräfte mit Fortbildungsrecht und mindestens drei Entlastungsstunden pro Woche.
Die LSV fordert die Erhöhung der Zahl der Schulpsycholog*innen sowie einen direkten und unbürokratischen Zugang.
Die LSV fordert den Ausbau der Vernetzung mit externen Beratungsangeboten zu Essstörungen, Suchterkrankungen und selbstverletzendem Verhalten sowie einen schulweiten Leitfaden und Beurteilungsbogen für Lehrkräfte.
Die LSV fordert pädagogisch gestaltete Mobbingpräventionsprogramme, regelmäßige schulinterne Erhebungen zu Ausmaß und Frequenz von Mobbing sowie einen toleranten pädagogischen Umgang mit schulischem Scheitern.
Die LSV fordert die niedrigschwellige fächerübergreifende Verankerung psychischer Gesundheit im Unterricht sowie jährliche Informationsveranstaltungen.
Die LSV fordert die Entwicklung von Schulen zu queerfreundlichen und sicheren Orten sowie verstärkte Aufklärung über LGBTQIA+ im Unterricht und durch Projekte.
Die LSV fordert mindestens zwei Ruheräume pro Schule - einen für ruhiges Zurückziehen und einen für absolute Stille - mit Anwesenheit einer Fachperson.

Bildungskosten

Die LSV positioniert sich gegen jegliche Form von Studiengebühren, da Bildung grundsätzlich kostenfrei und gemeinschaftlich finanziert sein soll.
Die LSV fordert die Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf alle für schulische Zwecke benötigten Materialien - darunter Schreib- und Zeichenmaterial, Taschenrechner, digitale Lehrwerke, Musikinstrumente, Kochgut sowie Materialien für Projektwochen.
Die LSV fordert die kostenlose Bereitstellung von Mittagessen und Mittagsbetreuung, ÖPNV für Schüler*innen, Weiterbildungs- und Freizeitangeboten, Lernräumen sowie Computern mit Farbdrucker.

Hitzeschutz

Die LSV fordert, den Erlass zum Umgang mit großer Hitze zu einem verbindlichen, landesweit einheitlichen Hitzeschutz-Stufenplan weiterzuentwickeln. Dazu sollen unter anderem Raumtemperaturen während Hitzeperioden regelmäßig gemessen und dokumentiert sowie für alle Belastungsstufen verbindliche Mindestmaßnahmen festgelegt werden.
Die LSV fordert das Land soll einen landesweiten Hitzecheck aller Schulen durchführen und darauf aufbauend ein dauerhaft finanziertes Sanierungsprogramm für hitzebeständige Schulgebäude auflegen. Die Kommunen sind dabei finanziell zu unterstützen, zusätzliche Bundesmittel sind einzufordern.

Bundesjugendspiele

Die LSV fordert, die Bundesjugendspiele durch einen pädagogisch ausgerichteten „Tag des Sports“ zu ersetzen. Bis dahin sollen sie im Frühjahr oder Herbst stattfinden. Für Sportveranstaltungen im Freien braucht es landesweit einheitliche Temperaturgrenzen, bei deren Überschreitung die Veranstaltung verlegt, angepasst oder abgesagt wird.

Schulformspezifisch

Präambel

Die LSV setzt sich für eine differenzierte Betrachtung schulformspezifischer Besonderheiten ein, um allen Schüler*innen unabhängig von ihrer Schulform gerecht zu werden. Verschiedene Schulformen stellen unterschiedliche Anforderungen, die einer gezielten und individuellen Auseinandersetzung bedürfen. Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV, die sich spezifisch auf Grundschulen, die Oberstufe oder das Abitur beziehen und nicht in den allgemeinen Kapiteln verortet werden können.

Grundschule

Die LSV positioniert sich für ehrenamtliche Vorleseprojekte wie „Lesepaten" an Grundschulen. **Die LSV fordert**, bestehende Initiativen strukturell zu unterstützen sowie für Ehrenamtliche eine angemessene Aufwandsentschädigung bereitzustellen.
Die LSV positioniert sich gegen ein verpflichtendes Erlernen einer Schreibschrift aus.
Die LSV fordert die Einführung von Schüler*innenvertretungen an Grundschulen.

Oberstufe

Die LSV fordert eine Absolute Wahlfreiheit der Kombination der Leistungskurse
Die LSV fordert die Anerkennung aller Prüfungsformate als Klausurersatzleistung, deren Zulassung in 2–3-stündigen Q-Phase-Kursen sowie den Wegfall der Nachschreibepflicht bei versäumten Klausuren in diesen Kursen.
Die LSV fordert die Zulassung alternativer Leistungsnachweise als Ersatz für Klausuren in Q4.
Die LSV fordert auch für die Oberstufe eine Hitzefrei-Regelung

Abitur

Die LSV fordert die bisher im Abitur zugelassenen Taschenrechner Funktionen, darunter das Lösen von Gleichungen, Graphendarstellung, Ableitungen, Integrale und statistische Verfahren über 2029 hinaus beizubehalten.
Die LSV fordert, dass die schriftlichen Abiturprüfungen nach den Osterferien stattfinden, sodass Q4-Klausuren vor Ostern abgeschlossen sind.

Bildungswege

Präambel

Die LSV setzt sich für ein breites und zugängliches Angebot an Bildungswegen als Grundlage für einen erfolgreichen Start aller Schüler*innen in ihr weiteres Leben ein.
Der Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf ist eine entscheidende Phase, die gezielt unterstützt werden muss.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zu Ausbildungsgarantie und Studium.

Ausbildungsgarantie

Die LSV fordert einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Ausbildung sowie dessen Verankerung im Grundgesetz.
Die LSV fordert eine landesweite Ausbildungsumlage zur verlässlichen Erreichung der Ausbildungsquote und zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in zumutbarer Entfernung vom Wohnort.

Studium

Die LSV fordert ein Gesetz zur Erhöhung der Studienplätze an hessischen Universitäten angepasst an die G8-Jahrgänge sowie die Bereitstellung entsprechender Personal- und Sachmittel im Landeshaushalt.
Die LSV fordert ein einkommensunabhängiges Schüler-BAföG für alle Schüler*innen und Auszubildenden, ein vereinfachtes digitales Antragsverfahren sowie eine jährliche Anpassung der Sätze an die Lebenshaltungskosten.

Politische Positionen

Präambel

Die LSV setzt sich als legitime Interessenvertretung der hessischen Schüler*innenschaft auch zu gesellschaftspolitischen Themen ein, sofern diese eine bildungspolitische Relevanz besitzen oder die Lebenssituation der Schüler*innen unmittelbar betreffen.
Dieser Abschnitt umfasst alle politischen Positionen der LSV zu Themen wie Wahlalter, Flüchtlingspolitik, Gendern, Partizipation, Jugendparlamente, PISA, Bundeswehr, bundesweite Vergleichbarkeit sowie Haushaltsgesetze.

Wahlalter

Die LSV fordert die Senkung des Wahlalters bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen von 18 auf 16 Jahre. Dafür ist eine konkrete Wahlvorbereitung durch die Schule notwendig. Außerdem soll ab 16 Jahren die Möglichkeit eingeräumt werden, an Volksinitiativen teilzunehmen.
Weiter wird die Herabsenkung des passiven Wahlrechts auf 18 Jahre gefordert.

Flüchtlingspolitik

Die LSV fordert, dass geflüchtete Schüler*innen sollen ab Asylantrag schulpflichtig sein, frühzeitig in Regelklassen integriert werden und passgenaue Sprach- und Förderangebote erhalten.
Die LSV fordert die Umbenennung und konzeptionelle Neuausrichtung von „Intensivklassen" zu „Willkommensklassen" mit Fokus auf psychosoziale Unterstützung, kulturelle und politische Bildung sowie frühzeitige schrittweise Integration in den Regelunterricht.
Die LSV stellt fest, dass die Beschulung schutzsuchender Kinder und Jugendlicher strukturelle Probleme des Bildungssystems offenlegt, insbesondere den Lehrkräftemangel und das unzureichende schulpsychologische Angebot.
Die LSV fordert mehr geschultes Fachpersonal für Willkommens- und Sprachklassen, kleinere Klassengrößen, Fortbildungen für Lehrkräfte, neue Strukturen und finanzielle Ressourcen sowie die weitreichende Beteiligung Geflüchteter an Entscheidungen.
Die LSV positioniert sich für die Wertevermittlung demokratischer Grundwerte im Schulkontext und **positioniert sich gegen** die Vermischung von demokratischen Grundwerten mit gesellschaftlichen Verhaltensnormen.

Gendern

Die LSV fordert die Sensibilisierung von Lehrkräften für geschlechtsneutrale Sprache durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Schüler*innen sollen nicht zur Verwendung verpflichtet werden, jedoch soll geschlechtsneutrale Sprache, ihre Intention und Wirkung in sinnvollem thematischem Zusammenhang fächerübergreifend im Unterricht thematisiert werden.

Partizipation

Die LSV erkennt an, dass das politische Engagement von Schüler*innen Ausdruck ihrer Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ist. **Die LSV positioniert sich gegen** das Verhängen von Strafen aufgrund der Teilnahme an Demonstrationen und **fordert** die Einbindung aktueller Ereignisse mit gesellschaftlicher Relevanz in den Unterricht zur Förderung fundierter Meinungsbildung.
Die LSV fordert, Schüler*innen sollen während der Unterrichtszeit an politischen Demonstrationen teilnehmen dürfen, ohne schulrechtliche Strafen zu riskieren.

Haushaltsgesetze

Die LSV fordert die Abschaffung der Schuldenbremse. Vor allem Budgetkürzung für Bildung sollen nicht vorgenommen werden. Die Schuldenbremse und Budgetkürzungen sind eine gesamtgesellschaftliche Katastrophe. Statt Geld zu sparen, soll auf Bundesebene per Gesetz eine gerechte höhere Besteuerung von hohen Einkünften aller Art, Erbschaften, Vermögen und ein differenzierter Spitzensteuersatz umgesetzt werden.
Die Abschaffung der Schuldenbremse ist hinsichtlich unserer Wünsche in Sachen Bildung dringend notwendig, um alle von uns gestellten Forderungen überhaupt jemals umsetzten zu können.

Unvereinbarkeiten

Die LSV erklärt, dass ihre Grundwerte und ihr Demokratieverständnis mit denen der AfD und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen nicht vereinbar sind und wird daher nicht mit diesen sowie deren Jugendorganisationen zusammenarbeiten.
Die LSV fordert Björn Höcke ein explizites Unterrichtsverbot an hessischen Schulen zu erteilen.

Jugendparlamente

Die LSV positioniert sich gegen Kreisjugendparlamente und -vertretungen auf Kreisebene und **fordert** stattdessen die Anerkennung der Kreisschüler*innenvertretungen als demokratisch legitimiertes Jugendbeteiligungsgremium mit denselben Ressourcen und Rechten. Kreisjugendvertretungen sollen sich nicht mit schulischen und bildungspolitischen Themen befassen.

PISA

Die LSV positioniert sich gegen die PISA-Studie, da sie keine objektive Messung der Bildungsqualität darstellt. **Die LSV fordert** den durch PISA entstandenen undurchdachten Reformwaren zu beenden.

Bundeswehr

Die LSV erkennt an sicherheitspolitische Bildung hat angesicht aktueller internationaler Konflikte und an Bedeutung gewonnen, sowie **positioniert sie sich für,** die Arbeit von Jugendoffizieren an Schulen.

Bundesweite Vergleichbarkeit

Die LSV fordert die Aufhebung des Kooperationsverbots sowie die Einführung deutschlandweiter zentraler Abschlussprüfungen.

Gesetze & Paragraphen

Präambel

Die LSV setzt sich aktiv für die Anpassung und Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen des hessischen Schulwesens ein. Gesetze und Verordnungen bilden den Rahmen für die Arbeit der Schüler*innenvertretungen und die Gestaltung von Bildung.
Dieser Abschnitt umfasst alle Positionen der LSV zu konkreten Änderungen, Ergänzungen oder Streichungen gesetzlicher Regelungen – insbesondere des HSchG, der SV-Vo und der OAVO.

Hessisches Schulgesetz (HSchG)

Die LSV fordert die Ergänzung des § 8 Abs. 1 Satz 2 HSchG um „ein Ersatzmitglied wird nachgewählt".
Die LSV fordert die Ergänzung des § 134 Abs. 2 HSchG dahingehend, dass Vertreter*innen von Schüler*innen und Eltern als beratende Mitglieder zu Fach- und Fachbereichskonferenzen einzuladen sind.
Die LSV fordert die Ergänzung des § 75 Abs. 2 HSchG dahingehend, dass Schüler*innen auf Antrag an der Beratung über ihre eigene Versetzung oder Wiederholung teilnehmen dürfen.
Die LSV fordert die Streichung des § 122 Abs. 1 und Abs. 9 HSchG sowie die Ergänzung des § 122 Abs. 2 HSchG dahingehend, dass Klassensprecher*innen auch in Grund- und Förderschulen gewählt werden.
Die LSV fordert die Ergänzung des § 124 Abs. 2 HSchG dahingehend, dass bis zu drei Bundesdelegierte in den Landesvorstand gewählt werden, die die LSV auf Bundesebene vertreten.

Verordnung über die Schülervertretungen und die Studierendenvertretungen (Sch/StudVtrV HE)

Die LSV fordert die Ergänzung des § 1 Abs. 4 Sch/StudVtrV um den Satz:
Es sollen Schülerinnen und Schüler als Basisbeauftragte zur Erfüllung von § 31 Abs. 1 Satz 1 von Kreis- und Stadtschülerräten gewählt werden. Die KSRe/SSRe legen die Anzahl dieser selbst fest.

Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO)

Die LSV fordert die Streichung von § 13 Abs. 2 Satz 1 OAVO.